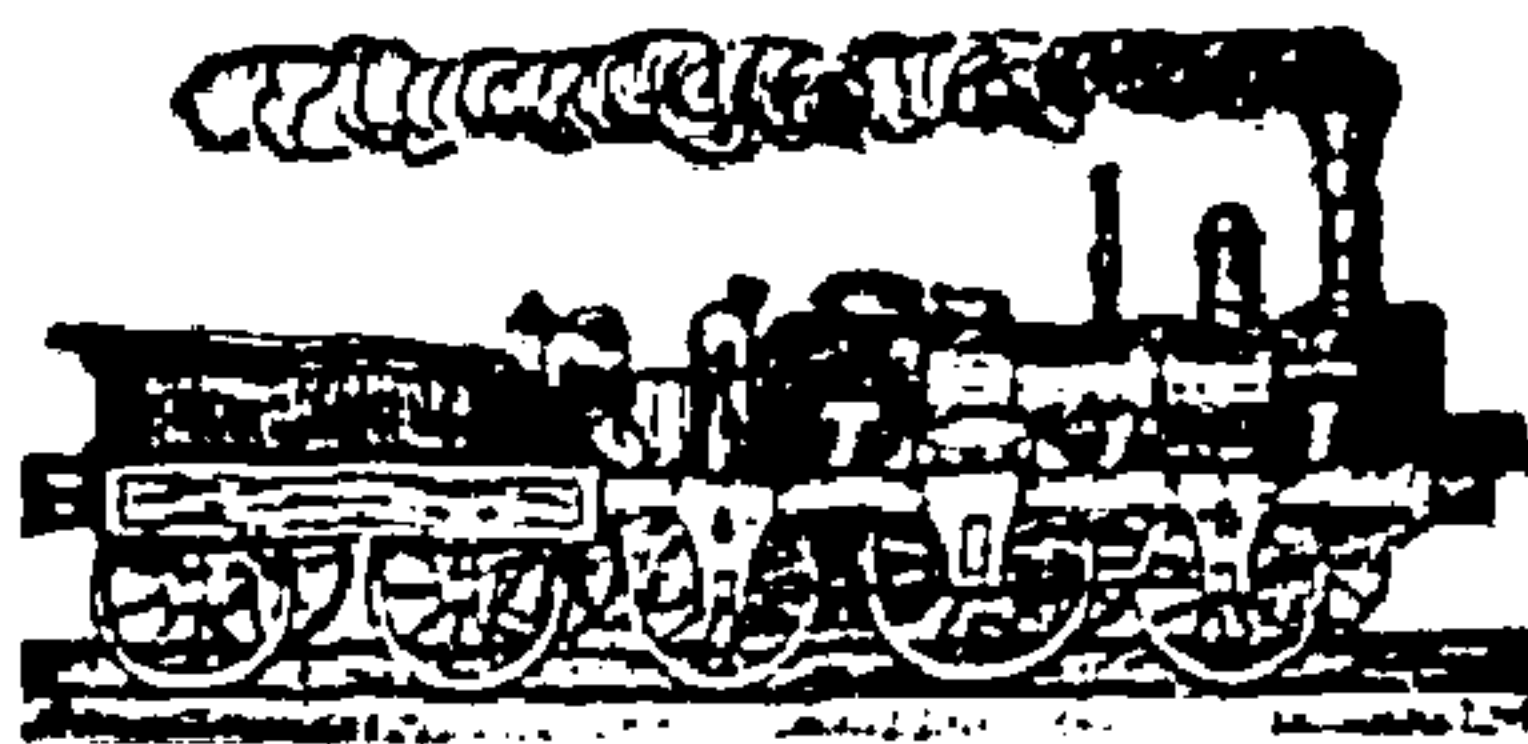


Lokomotive an der Oder.

Diese Zeitung erscheint täglich,
mit Ausnahme der Tage nach den
Sonnen- und Festtagen.

Oder



Zeitung.

Inseraten-Annahme bis 11 Uhr Vormittags
Inserationsgebühr für die
Agespaltene Zeile oder deren Raum 10 Pf.

Verantwortlicher Redacteur H. Ludwig. — Schnellpressendruck und Verlag von A. Ludwig.

Nr. 60.

Dienstag den 13. März 1883.

25. Jahrgang.

Das Centrum und die soziale Frage.

Die Blätter der Centrumpartei, voran die Germania, geben sich große Mühe, nachzuweisen, daß die Kirche allein zur Lösung der sozialen Frage berufen sei und daß das Centrum seit langer Zeit eine selbstständige soziale Politik treibe. Wenn eine Sozialreform zu Stande käme, möchte die Kirche sich gern das Verdienst zuschreiben, sie angeregt und zu gutem Ende geführt zu haben. Daß es eine ultramontane Sozialpolitik bereits seit den Tagen Lassalles giebt, ist eine bekannte Sache, denn schon Bischof Ketteler von Mainz und nach ihm die Schule der sozialistischen Kaplanen unter Leitung Mousfangs beweisen eine sozialpolitische Arbeit des Centrums, die man allerdings auch als klug berechnende Wählerlei bezeichnen könnte. Sene Ultramontanen als Arbeiterökonomien riefen der besitzenden Klasse zu: „Gebt Almosen, oder ihr riskirt Euer Eigenthum; unterstützt die Kirche, oder sie vermag Euch nicht zu schützen!“

Zum Beweise citiren wir des Mainzer Bischofs Worte (aus seiner Schrift: die Arbeiterfrage und das Christenthum): „Die absolut notwendige Konsequenz des liberalen Systems ist: eine Kammer, und was diese Kammer bestimmt, ist Gesetz, und wer sich dagegen auf sein Gewissen, auf seinen Glauben, auf sein hergebrachtes Recht, auf Christus und Gott beruft, ist ein Hochverräther, er sündigt an der Majestät des Volkswillens. Warum soll denn aber diese Majestät auf ein Mal vor dem Geldbeutel der reichen Liberalen stehen bleiben? Wenn sie das Recht hat, unser Gewissen mit Füßen zu treten, unsern Glauben zu verhöhn, Gott und Christus zu leugnen, so wäre es doch unaussprechlich lächerlich, zu behaupten, daß auf ein Mal vor dem Geldbeutel der Millionäre diese Weltordnung wie bezaubert stehen bleiben müßte. Nein, nein! davor wird Gott sorgen. Das wird nimmer geschehn. Wir müssen die Konsequenzen unserer Prinzipien bis zum letzten Tropfen austrinken, mögen die Tropfen noch so bitter sein. Wenn diese liberalen Majoritäten mit der Souveränität ihres Willens die tausendjährige Stellung der Kirche mit Hohn wegdecretiren und unser christliches Gewissen in allen seinen Fasern kränken dürfen, dann werden bald andere Majoritäten nachkommen, die ganz und gar auf demselben Boden und mit derselben Majorität, nicht nur Millionen als Subsidien für die Arbeitervereine, sondern noch ganz andere Dinge fordern werden u. s. w.“

Wenn man allerdings an die Hunderte von Millionen denkt, welche für die Arbeiterversicherung vom Staate gefordert werden, so ist der selbige Bischof Emanuel kein schlechter Prophet gewesen, wenn er auch sich in Bezug auf die „andern Majoritäten“, welche das Eigenthum bedrohen, getäuscht hat. Wir sehen heute Staat und Kirche um die Gunst der Arbeiter buhlen, keiner gönnt dem Andern die Stimmen der Arbeiter. Die Kirche aber verfolgt den eigennütigen Zweck, für Rom, für sich aus der Bewegung Kapital zu schlagen.

Die Hauptbestandtheile der sozialen Reform bleiben aber inzwischen liegen. Es scheint doch, als wäre die Sache noch nicht „reif.“ Die Arbeiterversicherung wird vielleicht, von Staat und Kirche protegirt, zu Stande kommen, aber Niemand weiß, ob sie durchzuführen sein wird. Man legt, wie Schiller sagt, den Samen in des Schicksals Hände, ob Glück, ob Unglück aufgeht, lehrt das Ende. Die Sozialdemokraten hoffen, daß der Staat ihnen entgegenarbeitet; sie fürchten auch die Kirche nicht. Professor Wagner ist mit seinen Plänen ebenso gefährlich wie einst der Bischof Ketteler. Auch die Kirche wird sich einst täuschen, wenn sie der Arbeiterversicherung im weitesten Maße beigegeben haben wird. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden sie nicht

stützen; sie werden ihr antworten wie der bairische Bauer dem Heiligen:

D' heilig'her Florian,
Du saltrischer Schranz,
Wir brauchen Dich nimmer:
Wir ha'n d' Assecuranz!

Deutschland.

Berlin. Zwischen Deutschland und China schwebt ein Konflikt. Der deutsche Vizeconsul Schrott in der chinesischen Hafenstadt Smatow hatte sich von der deutschen Kriegskorvette „Elisabeth“ 40 Mann erbeten. Mit diesen ergriff er von einem Terrain Besitz, auf welches er als das Eigenthum eines dortigen Handelshauses im Namen des letzteren einen von den Chinesen bestrittenen Anspruch erhob. Der betreffende Vorgang, der bereits am 26. November vorigen Jahres passiert sein soll, wird von einem Mitgliede der deutschen Besatzung also geschildert: „Seute, den 26. November 1882, Vormittags 9 Uhr, besetzten wir das Grundeigenthum des Hauses Dirks und Co. gewaltsam, haben Grenzsteine aufgestellt und die deutsche Flagge gehißt. Nachdem die chinesische Seesollamtsbehörde gestern Nachmittag auf dem fraglichen Grundstück Pfähle aufgestellt und darauf vermerkt hatte, daß der Grund und Boden ihr Eigenthum sei, sie also damit eines Vertragsbruchs und einer Rechtsverletzung sich schuldig gemacht, und nachdem die sofort von uns erlassene Aufforderung zur Begränzung der Grenzpfähle erfolglos verlaufen, blieb uns zur Wahrung unseres Ansehens nichts Anderes übrig, als Gewalt gegen Gewalt zu setzen. Um 9 1/2 Uhr wurde Kapitänleutnant Kridiger mit zwei armirten Matrosen an Land geschickt; die Auslieferung eines Detachements von 20 Matrosen und der Pioniersektion vollzog sich widerstandslos, und ebenso das Setzen der Grenzsteine und Pfissen unserer Flagge an einer auf dem Grunde eingegrabenen Stange. Die Vizeconsuln v. Wöllendorf und Schaar waren in Uniform zugegen. Unsere Boote waren um 10 1/2 Uhr wieder an Bord. Die Bevölkerung, die nach und nach heranstömte, verhielt sich ruhig. Der chinesische Gesandte in Berlin ist auf telegraphischem Wege angewiesen worden, gegen dieses Vorgehen des deutschen Vizeconsuls und der Mannschaft der „Elisabeth“ zu remonstriren. Es gilt als zweifelhaft, ob der Schritt des deutschen Vizeconsuls aufrecht erhalten werden wird.“

[Friedrich Wilhelm III. über Soldaten-Verhandlung.] Des Kaisers Vater gilt in der Geschichte nicht mit Unrecht als ein Freund des „strammen“ Dienstes. Um so beachtenswerther ist ein Wort aus seinem Munde über ein jüngst im Reichstage viel besprochenes Thema: das der Behandlung des Soldaten. Bei der königlichen Tafel unterhielt man sich einmal über die Statuen der Helden des Befreiungskrieges am Opernplatz und an der neuen Wache und rühmte besonders die charaktervolle Haltung an den Statuen Willow's, Scharnhorst's und Blücher's. Ein Gast des Königs machte die Bemerkung: „Solche Künstler, wie Schadow, Rauch und Tiedt, die aus dem Kloye einen Merkur bilden (nach dem lateinischen Sprichwort: Nicht aus jedem Stück Holz schnitzt man eine Merkurs-Statue) haben Eure Majestät viele in der Armee.“ Der König, welcher für Complimente ein geringes Verstandniß hatte, fragte den Redner: „Und welche sind das?“ Die Antwort lautete: „Ihre Offiziere und Unteroffiziere, die aus hölzernen Bürger- und Bauersöhnen in kurzer Zeit schöne und gewandte Leute bilden.“ Die Schmeichelei war in der That nicht übel, aber dem Könige fehlte es, wie gesagt, an jedem Sinne für geistreiche Bonmots; er nahm die Sache vielmehr höchst ernsthaft und knüpfte an die hingeworfene Bemerkung eine Auseinandersetzung seiner Absichten als oberster Kriegsherr, welche eine peinliche Stille zum Gefolge hatte. „Beim Exerciren und Einüben der Rekruten,“ meinte der König, „kommt es nicht bloß auf Schönheit und Gewandtheit an; dies ist

mehr Nebenache. Die Hauptsache ist die Behandlung, so daß sie gern und mit Lust Soldaten sind und in guter Gesinnung ihre Schuldigkeit thun, wenn es gilt. Im Jahre 1806 exercirte man auch gut; was es aber geholfen, haben wir leider gesehen. Die Landwehr hat am wenigsten exercirt und hat doch in Schlachten sich brav gehalten; wo sie keine Kugeln und kein Pulver mehr hatte, hat sie avancirend den Kolben gebraucht. Das sind die rechten Leute, vor denen man Respekt hat. Ihre muthige Tapferkeit, die muß man loben, das ist mehr werth als Schönheit und Gewandtheit.“

— Gegen einen Unteroffizier des Garde-Train-Bataillons in Berlin ist wegen Mißhandlung eines Rekruten das militärische Strafverfahren eingeleitet worden. Der Vater des Mißhandelten hatte sich mit einer Beschwerde an das Kriegs-Ministerium und später an den Kaiser gewendet, und auf Grund dieser Beschwerde ist die Angelegenheit auf das genaueste untersucht worden und hat Folgendes ergeben: Der Unteroffizier Thiele hat an einem Abend vor Weihnachten Veranlassung, den Rekruten Hinrichs wegen Unsauberkeit zu tadeln; es geschah dies nach dem abgethanen Dienste auf Stube No. 1 der Kajerne. Die mit anwesenden Rekruten wurden von Thiele aufgefordert, den Hinrichs durchzuhauen. Da aber Niemand Anstalt machte, dem Befehl Folge zu leisten, so nahm der Unteroffizier den zur Hand liegenden Schulterriemen — denn Stube 1 ist gleichzeitig Handwerkerstube — und verjeste dem Rekruten einige zwanzig tüchtige Schläge. Später machte Quartiermeister Friedrich seinem Compagniechef, Rittmeister Nickel, Anzeige vom dem Vorfall, und von diesem wurde die Angelegenheit dem Bataillons-Commandeur mitgetheilt. Das militärische Urtheil gegen den Unteroffizier Thiele, das nur durch den Aufenthalt des Letzteren im Bazarath verzögert wurde, ist bereits gefällt, doch entzieht es sich, da es noch nicht publicirt ist, vorläufig noch der Kenntniß. (Niederöschl. Bzg.)

— Das Verbot des amerikanischen Schweinefleisches ist, wie der „N. Z.“ geschrieben wird, noch Gegenstand internationaler Besprechung. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat Vorstellungen gegen das Verbot erhoben, darauf hingewiesen, daß so gut wie gar keine Fälle von Erkrankungen infolge des Genußes von amerikanischem Speck und Schinken festgestellt wären, und sie hat die deutschen Regierungen eingeladen, auch jetzt noch durch eine Commission an Ort und Stelle eine Untersuchung einzutreten zu lassen, wie das Amerika seinerseits gethan habe. Wie es anderweitig heißt, wird sich auch der Congreß in Washington mit der Sache befassen und vorkommenden Falls Maßregeln treffen. Ob die Einladung der amerikanischen Regierung wegen einer nachträglichen Enquete Erfolg haben wird, steht dahin. Anscheinend officiös heißt es in der Presse, das Verbot werde bald zur Ausführung gelangen. Eine Untersuchung würde indessen wenigstens weiterhin vielleicht das Verbot von Schweinefleisch verhindern, welches interessirte Kreise ebenfalls wünschen sollen und das die Conjointen noch härter treffen würde. Die bei dem Verbot des Schmalzes interessirten Leute sollen behaupten, das Schweinefleisch enthalte zwar keine Trichinen, sei aber wegen einer anderen Krankheit gefährlich, die namentlich junge Schweine heimische, was von amerikanischer Seite bestritten wird.

Ausland.

Frankreich. Das auf Freitag Nachmittag auf der Invaliden-Ésplanade in Paris ausgeführte Arbeiter-Meeting hat nicht den ersten Charakter angenommen, welcher ursprünglich befürchtet wurde. Nachmittags 2 Uhr fanden sich etwa 5000 bis 6000 Personen ein und es wurden etwa 15 Verhandlungen vorgenommen. Louise Michel entfernte sich unmittelbar nach ihrem Eintreffen wieder. Die